

Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/06/2022

**über die öffentliche / nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 27.06.2022,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 22:10 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Horst Marzi

Stadtverordnete

Herr Gerhard Bartel
Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Herr Oliver Böge
Frau Doris Brandt
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Frau Susanna Hansen
Frau Cordelia Koenig
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen
Frau Susanne Lohmann
Herr Marcus Olszok
Herr Bela Randschau
Frau Claudia Rathje
Herr Bernd Röper
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Kirstin Schilling
Herr Dr. Toufic Schilling
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Erik Schrader
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Matthias Stern
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg
Herr Michael Stukenberg

Frau Sophie von Hülsen
Frau Silke von Stockum
Herr Nils Warnick

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Edgar Müller

Seniorenbeirat

Sonstige, Gäste

Herr Thomas Gehrke
Herr Stefan Skowronnek
Herr Hauke Wendt

Schulleiter GAH
Initiator Bürgerbegehren
Initiator Bürgerbegehren

Bürger/in

Frau Helga Rohloff
Herr Werner Zillmann
Herr Harald Dzubilla

Verwaltung

Herr Eckart Boege
Herr Marcel Grindel
Frau Tanja Eicher
Herr Peter Kania
Frau Jasna Makdissi
Herr Henning Wachholz
Herr Fabian Dorow
Frau Peggy Ehrig
Frau Elisabeth Meissner
Frau Katharina Bähren
Herr Mathias Horsch
Rolf Schmidt

Bürgermeister
FBL I
FBL III
FBL IV
GL
SBA
St
Protokollführerin
FB II.2
Referendarin
Veranstaltungstechnik
Desinfektion

Entschuldigt fehlt/fehlen

Herr Rolf Griesenberg
Herr Volkmar Kleinschmidt
Herr Markus Kubczigk
Herr Ali-Haydar Mercan
Herr Jochen Proske

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/05/2022 vom 23.05.2022
6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Finanzbericht
7. Nachrücken eines Stadtverordneten **2022/064**
8. Neuwahl eines Mitgliedes des Behindertenbeirates **2022/061**
9. Umbesetzung von Ausschüssen
 - 9.1. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen der Fraktion CDU **AN/024/2022**
 - 9.2. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen **AN/026/2022**
 - 9.3. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen der Fraktion SPD **AN/025/2022**
 - 9.4. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen der Fraktion FDP **AN/027/2022**
10. Bürgerbehren "Lebendige Innenstadt" - Gelegenheit der Vertetungsberechtigten, die Standpunkte darzulegen und das Bürgerbegehren zu begründen **2022/048**
11. Beratung und Beschlussfassung zum Bürgerbegehren "Lebendige Innenstadt"
- Standpunkte und Begründungen
- Schriftliche Unterrichtung der Bürger*innen **2022/018**
12. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten
13. Bildung des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahl 2023 **2022/063**
14. Kofinanzierungserklärung AktivRegion Alsterland, Förderperiode 2023 - 2027/2029 **2022/060**

- | | | |
|-----|---|--------------------|
| 15. | Gemeinschaftsschule Am Heimgarten/Eric-Kandel-Gymnasium im Schulzentrum Am Heimgarten
- Errichtung eines Neubaus ab 2025 auf der Fläche des jetzigen Sportplatzes (Variante 5)
- Festlegung des Raumprogramms
- Aufstellung einer Entwurfsplanung
- Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 GO | 2022/036 |
| 16. | Bebauungsplans Nr. 90 „Reeshoop“, 1. Änderung - für das Gebiet südöstlich der Hermann-Löns-Straße in der Tiefe bis zur Mitte des Grünstreifens und in einer Länge von ca. 250 m für die Hausnummern 17 bis 49 (Flur 10, Flurstücke 73 bis 76, 281 und 284)
- Abwägung der Stellungnahmen
- Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) | 2022/053 |
| 17. | Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg | 2022/054 |
| 18. | Entsendung der städtischen Vertreterinnen und Vertreter
- Entsendung neuer Mitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Ahrensburg GmbH
- Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrates der badlantic Betriebsgesellschaft mbH | 2022/052 |
| 19. | Anfrage AF/2022/005 zur Vorlage 2021/138/01 für HA betreffend Beteiligungsmanagement (Ziffer 1-5)

--- nicht behandelt --- | AF/2022/005 |
| 20. | Anfrage AF/2022/005 zur Vorlage 2021/138/01 für HA betreffend Beteiligungsmanagement (Ziffer 6)

--- nicht behandelt --- | AF/2022/005 |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Stellv. Bürgervorsteher Marzi begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Er gratuliert den Jubilaren.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi hält eine kurze Rede und betrauert die Verstorbenen Ilse Sparr und Roland Wilde. Auf den aufgebauten Kondolenz Tisch für den ehemaligen Bürgervorsteher wird hingewiesen. Alle Anwesenden legen eine Trauerminute ein.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Stellv. Bürgervorsteher Marzi stellt die Beschlussfähigkeit mit 35 Stadtverordneten fest.

3. Einwohnerfragestunde

Bürgermeister Boege führt aus, dass die Verwaltung eine Anfrage von Herrn Harald Dzubilla erhalten hat. Die Anfrage konnte aufgrund Ihres Umfangs bis zur heutigen Stadtverordnetenversammlung nicht beantwortet werden und wird Herrn Dzubilla schriftlich beantwortet. Bürgermeister Boege fragt den Anwesenden Herrn Dzubilla, ob er seine Fragen vortragen möchte – dies ist nicht der Fall.

Frau Helga Rohloff, Anwohnerin der Stormarnstraße, teilt mit, dass heute der Straßenrand gemäht wurde ohne dort vorher den Müll weg zu sammeln. Sie möchte wissen, ob man den Müll nicht vorher einsammeln kann oder einen Fangkorb an den Mähern anbringen kann. Herr Wachholz von den Stadtbetrieben signalisierte sich dieser Problematik anzunehmen.

Herr Werner Zillmann aus Ahrensfelde hat gehört, dass es heute ggf. einen Dringlichkeitsantrag zur Asphaltierung im Starweg geben könnte und möchte hierzu kurz ein paar Worte sagen und Fragen stellen. Er erklärt, dass eine Asphaltierung des Starweges gegen den Willen der Ahrensfelder Bürger wäre, dies habe eine Mitgliederbefragung des Vereines Dorfgemeinschaft Ahrensfelde ergeben und spiegelt sich in einer initiierten Unterschriftenliste wieder. Es wurden von BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland) und ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) immer wieder Argumente vorgebracht, dass man die Schlaglöcher im Starweg keinem Radfahrer zumuten kann und der Verein Dorfgemeinschaft Ahrensfelde hat seine Gegenargumente bereits einige Male vorgebracht. Im Ergebnis bleibt festzuhalten, dass die Schlaglöcher nicht mehr entstehen, wenn der Starweg für den Kfz- Verkehr gesperrt wird. Auf einem Grand-/ oder Sandweg kann man auch sehr gut Fahrrad fahren. Vielmals wurde auch das Thema Sicherheit angesprochen, speziell für Kinder und Jugendliche. Der Verein befürwortet, dass die Sicherheit hochgehalten wird. Gerne möchte Herr Zillmann mit dem BUND oder anderen Befürwortern der Asphaltierung in die Diskussion gehen oder in die Gefährdungsanalyse wie gefährlich das Fahrradfahren im Starweg ist vs. dem Fahrrad fahren auf der Dorfstraße. In der Dorfstraße herrscht viel Verkehr inkl. Schwerlastverkehr. Es wäre schön, wenn BUND und ADFC sich engagieren würden, dass wir zeitnah eine sichere Querung der Dorfstraße erreichen könnten.

Herr Zillmann möchte weiterhin auf den Artikel, welcher im Stormarner Tageblatt erschienen ist, eingehen. Dort wurde Herr Kania zitiert mit den Worten, dass alles teurer werden wird, wenn man an den Planungen nicht festhalten würde. Deshalb müssten diese nun auch umgesetzt werden. Herr Kania nimmt im Artikel auch Bezug auf die Beleuchtung die dann teurer werden würde, wenn zunächst die Asphaltierung nicht stattfindet und erst zu einem späteren Zeitpunkt asphaltiert werden würde. Dazu gibt Herr Zillmann den Hinweis, dass man dort im Starweg kein Licht bräuchte, weil alle Licht am Fahrrad haben.

Herr Zillmann stellt folgende Fragen:

- Wie viel ist denn bisher konkret für die Planung des Starweges ausgegeben worden?
- Wie viele und welche Projekte hat es in den letzten 5 Jahren in Ahrensburg gegeben, welche in Ahrensburg geplant worden sind und dann nicht umgesetzt bzw. verworfen worden sind?
- Wie will die Verwaltung in Zukunft diese planerischen Fehlinvestitionen vermeiden?
- Kann die Verwaltung sich vorstellen, dass durch eine direkte Bürgerbeteiligung im Vorwege solcher Planungen diese Fehlinvestitionen vermieden werden könnten?
- Kann der in Aussicht gestellte Zuschuss (ca. 170.000 €) auch für andere Velorouten genutzt werden, welche in Ahrensburg schon ausgewiesen sind – und zwar zur Ertüchtigung? Es gäbe schließlich genug Radwege in Ahrensburg die in einem desolaten Zustand sind. Der Verein Dorfgemeinschaft Ahrensfelde wäre auch gerne behilflich diese aufzuzeigen. Oder ist dieser Zuschuss ausschließlich für den Starweg vorgesehen / verwendbar?

Herr Zillmann führt weiterhin aus, dass im Veloroutenkonzept eine Asphaltierung oder ein Architektenpflaster empfohlen wird, aber nicht zwingend vorgeschrieben ist. Er habe sich vor ca. 1-2 Jahren mit einem zuständigen Sachbearbeiter aus Hamburg Wandsbek darüber unterhalten und dieser habe bestätigt, dass es sich lediglich um eine Empfehlung handelt und es auch in Hamburg Streckenabschnitte gibt, wo Velorouten nicht asphaltiert sind.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi weist Herrn Zillmann darauf hin, dass die Einwohnerfragestunde genutzt werden sollte um konkrete Fragen zu stellen.

Herr Zillmann richtet sich mit dem Appell an die Stadtverordneten und die Verwaltung schnellstmöglich den Starweg für den Kfz- Verkehr zu sperren, damit keine weiteren Schlaglöcher mehr entstehen können und der Starweg als Naturweg und Kulturerbe Ahrensfeldes erhalten bleibt.

Bürgermeister Boege antwortet auf die letzte Frage, dass der Zuschuss nicht frei zur Verfügung steht und an das konkrete Projekt gebunden ist. Die anderen Fragen könne er nicht sofort beantworten, aber man befasse sich auch grade damit wie die Planungsressourcen innerhalb der Verwaltung sinnvoll eingesetzt werden können, damit diese dann auch in einem umgesetzten Projekt münden. Eine Beantwortung der Fragen erfolgt schriftlich.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Stellv. Bürgervorsteher Marzi erläutert, dass die Tagesordnung vorsieht den TOP 20 „Anfrage AF/2022/005 zur Vorlage 2021/138/01 für HA betreffend Beteiligungsmanagement (Ziffer 6)“ nicht öffentlich zu behandeln.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion beantragt, dass die Tagesordnungspunkte 19 „Anfrage AF/2022/005 zur Vorlage 2021/138/01 für HA betreffend Beteiligungsmanagement (Ziffer 1-5)“ und 20 „Anfrage AF/2022/005 zur Vorlage 2021/138/01 für HA betreffend Beteiligungsmanagement (Ziffer 6)“ nicht behandelt und dem Protokoll beigefügt werden.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend mit den oben genannten Änderungen der mit Einladung vom 14.06.2022 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. STV/05/2022 vom 23.05.2022

Einwände gegen die Niederschrift STV/05/2022 bestehen nicht.

6. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

Bürgermeister Boege berichtet, dass er als neuer Vertreter für den Landkreis Stormarn in die Fluglärmschutzkommission des Flughafens Hamburg berufen wurde. Zukünftig wird er darüber im Umweltausschuss berichten. Die Stadtverordneten danken ihm für dieses Engagement.

Bürgermeister Boege führt aus, dass es für die geplante Dialogveranstaltung zur Gütertrasse Teil des Konzeptes war, die Politik hierzu einzuladen. Aus der Hansestadt Hamburg hat die Verwaltung bereits eine negative Antwort bekommen. Nunmehr teilte das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein mit Schreiben vom 13.06.2022 mit, dass Herr Daniel Günther nicht an einer etwaigen Dialogveranstaltung teilnehmen wird. Auch eine Teilnahme durch das fachlich zuständige Verkehrsministerium ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht beabsichtigt. Das heißt, dass wir von den politisch Eingeladenen für diese Veranstaltung leider Absagen erhalten haben. Bürgermeister Boege führt weiterhin aus, dass er an der Durchführung der Infoveranstaltung festhält - unter der Federführung der Stadtverwaltung.

6.2.1. Finanzbericht

Bürgermeister Boege verliest den Finanzbericht Nr. 10/2022. Dieser ist dem Protokoll als **Anlage** beigelegt.

7. Nachrücken eines Stadtverordneten

Gemäß § 44 Gemeinde- und Kreiswahlgesetz in Verbindung mit § 67 Gemeinde- und Kreiswahlordnung rückt für den Direktkandidaten der Partei CDU gewählten Stadtverordneten, Herrn Roland Wilde, der nächste Listenbewerber, Herr Dr. Toufic Schilling, nach.

Herr Dr. Schilling wird vom Stellv. Bürgervorsteher Marzi in sein Amt eingeführt und per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet.

8. Neuwahl eines Mitgliedes des Behindertenbeirates

Stellv. Bürgervorsteher Marzi erklärt die Vorlage 2022/061. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird. Zum Zeitpunkt der Abstimmung waren die Stadtverordneten Dr. T. Schilling und Stern, jeweils von der CDU-Fraktion, nicht im Sitzungssaal anwesend.

Beschlussvorschlag:

Für den Verstorbenen, Herrn Andreas Krauskopf, wird gem. § 2 Abs. 3 der Satzung über die Bildung eines Behindertenbeirates in der Stadt Ahrensburg in der Fassung der 5. Änderungssatzung **Frau Nicole Zachhuber** zur nächsten Sitzung des Behindertenbeirates zum TOP „Verpflichtung eines neuen Beiratsmitglieds“ bis zum Ende der Wahlzeit am 31.05.2023 in den Behindertenbeirat der Stadt Ahrensburg gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9. Umbesetzung von Ausschüssen

AN/024/2022

9.1. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen der Fraktion CDU

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den Antrag AN/024/2022 auf Umbesetzungen von Ausschüssen über den anschließend abgestimmt wird.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung waren die Stadtverordneten Dr. T. Schilling und Stern, jeweils von der CDU-Fraktion, nicht im Sitzungssaal anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

AN/026/2022

9.2. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den Antrag AN/026/2022 auf Umbesetzungen von Ausschüssen über den anschließend abgestimmt wird.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung waren die Stadtverordneten Dr. T. Schilling und Stern, jeweils von der CDU-Fraktion, nicht im Sitzungssaal anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

AN/025/2022

9.3. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen der Fraktion SPD

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den Antrag AN/025/2022 auf Umbesetzungen von Ausschüssen über den anschließend abgestimmt wird.

Zum Zeitpunkt der Abstimmung waren die Stadtverordneten Dr. T. Schilling und Stern, jeweils von der CDU-Fraktion, nicht im Sitzungssaal anwesend.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

9.4. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen der Fraktion FDP

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den Antrag AN/027/2022 auf Umbesetzungen von Ausschüssen über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2022/048

10. Bürgerbegehren "Lebendige Innenstadt" - Gelegenheit der Vertetungsberechtigten, die Standpunkte darzulegen und das Bürgerbegehren zu begründen

Herr Stefan Skowronnek, Vertretungsberechtigter des Bürgerbegehrens „Lebendige Innenstadt“, nutzt die Gelegenheit die Standpunkte und Begründungen der Initiatoren darzulegen.

Die ausgeführten Standpunkte und Begründungen der Initiatoren werden dem Protokoll als **Anlage** beigefügt.

Herr Skowronnek spricht den Verwaltungsmitarbeitern Borgwardt, Reuter und Dorow seinen Dank aus für die gute Zusammenarbeit.

11. Beratung und Beschlussfassung zum Bürgerbegehren "Lebendige Innenstadt"
- Standpunkte und Begründungen
- Schriftliche Unterrichtung der Bürger*innen

Stellv. Bürgervorsteher Marzi erläutert kurz die Vorlage.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion stellt einen Änderungsantrag zur Anlage der Vorlage 2022/018 betreffend die Stellungnahme der FDP. Im dritten Absatz ist das Wort „Wissen“ zu streichen und zu ersetzen durch das Wort „Wiesen“. Im sechsten Absatz ist das Wort „Rathaus“ zu streichen und zu ersetzen durch das Wort „Rathausplatz“.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi bittet um eine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Stadtverordneter Bartel von der SPD-Fraktion stellt einen Änderungsantrag zur Anlage der Vorlage 2022/018 betreffend die Stellungnahme der SPD. Im dritten Absatz sollen zwischen die Wörter „scheiterte“ und „aber“ folgende Wörter hinzugefügt werden: „mit dem Parkhaus“.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi bittet um eine Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion weist auf einen inhaltlichen Fehler der Vorlage 2022/018 hin. Auf der Seite 5, letzter Absatz muss es richtig „17 Stück“ heißen.

Nach den inhaltlichen Korrekturen folgen weitere Wortbeiträge.

Stadtverordneter B. Stukenberg von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen führt aus, dass es mehrere Verkehrsgutachten mit Parkplatzzählungen gibt, wonach es ca. 350 Parkplätze in der Innenstadt gibt. Diese seien selbst zu Stoßzeiten nicht vollständig belegt. Das Problem sind nicht zu wenige Parkplätze, sondern, dass es kein vernünftiges Parkleitsystem gibt. Insgesamt gehe es nicht darum möglichst viele Stellplätze abzubauen, sondern darum den Raum in der Innenstadt für die Menschen neu zu verteilen. Erfahrungen aus anderen Städten - wo mehr Platz für die Bürger geschaffen wurde - sind, dass dort die Umsätze gestiegen sind, weil man in attraktiveren Innenstädten länger verweilt. Kunden die auf ihr Auto angewiesen sind müssen selbstverständlich auch zukünftig einen Parkplatz finden können und dazu

gibt es die Parkhäuser an der Alten Meierei und an der Bahntrasse, welche bislang nicht ausgelastet sind. Eine attraktive Innenstadt entspricht heutzutage keiner autogerechten, sondern einer menschengerechten Innenstadt. Wenn das Bürgerbegehren ein „ja“ bekommt, dann würde dies den Stillstand zementieren. Das heißt die Baustelle in der Hamburger Straße und der provisorische Parkplatz hinter dem Rathaus müssten so erhalten bleiben und das ist eine Verschandelung der Innenstadt. Er richtet sich mit dem Appell an die Bürger mit „nein“ abzustimmen.

Stadtverordneter Röper von der CDU-Fraktion erklärt, dass ein Bürgerbegehren dazu da ist, darüber zu diskutieren. Was ihn aber ärgert ist, dass die Verkehrszählungen mitten in der Corona-Pandemie durchgeführt wurden und somit nicht realistisch sind. Er selbst habe am 07.06.22 um 08:45 Uhr im Loksuppen die Parkplätze gezählt. Laut Verkehrszählung müsste es ca. 30% Leerstand geben, also 45 Parkplätze. Tatsächlich waren nur 14 Parkplätze frei, allerdings teilweise viel zu eng für normale Autos. Wenn dort nur noch ein geringer Teil der im Parkraumkonzept vorgesehen Parkplätze frei sind, weil die Zählungen mitten in Corona stattgefunden haben, dann fragt er sich – „Kann man dieses Beispiel hochrechnen?“ Wenn man dies tut dann haben wir nicht dieses Übermaß. Natürlich darf das Bürgerbegehren nicht zu einem Stillstand führen und natürlich muss die Innenstadt lebendig gestaltet werden. Man sollte zusehen, dass man die Innenstadt nicht nur für die Fußgänger und Radfahrer attraktiv macht. Also nicht nur Ahrensburg den Ahrensburgern sondern auch attraktiv für die Bürger/innen aus umliegenden Gemeinden und Städten.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion führt aus, dass die Bürger gerne selber entscheiden was sie etwas angeht und worüber sie sich Sorgen machen. Er möchte nicht in die inhaltliche Debatte eingehen, die Stellungnahmen sind jetzt für jedermann einsehbar. Er findet es bedenklich, dass wir überhaupt an diesen Punkt gekommen sind, dass wir dieses Bürgerbegehren vor uns haben. Denn das bedeutet nicht nur, dass sich die organisierte Kaufmannschaft aus Ahrensburg genötigt fühlt hat diesen Aufwand zu betreiben (erfolgreich!), sondern das auch mehrere tausend Ahrensburger – und nicht nur die Kaufmannschaft selbst! – hinter diesem Bürgerbegehren stehen. Er glaubt, dass wenn die Stadtverordneten ihre Arbeit besser gemacht hätten wir diese Situation gar nicht hätten. Die Gewerbetreibenden und auch die Bürger hätten besser mitgenommen werden müssen – dann hätte man über Lösungsvarianten sprechen können. Alle bisher beschlossenen Maßnahmen (z.B. Lindenhof) wurden getroffen mit dem Ziel die Ahrensburger Innenstadt attraktiver zu gestalten und nicht um Parkplätze abzubauen. In Zukunft muss es gelingen solche richtungsweisenden Debatten in Sachen Stadtentwicklung anders zu führen und die Bürger besser mitzunehmen.

Stadtverordneter Schmidt von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen möchte auf ein kleines Stück Ahrensburger Geschichte zurückblicken und dies heute als Beispiel anführen – das Rondeel. Es war eine hässliche Durchgangsstraße und jetzt ist es das absolute Zentrum der Innenstadt. Wir haben bereits in unserer eigenen Vergangenheit einen öffentlichen Raum attraktiver gemacht und Flächen für Autos umgeleitet – mit erheblichem

Erfolg. Dies sollte man bei der anstehenden Debatte im Hinterkopf haben, dass man die Erfolge einer Neuordnung des öffentlichen Raums im Zentrum bereits in der Vergangenheit sehen kann. Die Umsätze werden steigen, wenn die Menschen sich dort gerne aufhalten und eine angenehme Aufenthaltsqualität vorfinden.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion führt aus, dass sich die CDU in der Stellungnahme bewusst neutral verhalten hat, weil es hier um einen Bürgerentscheid geht und die Bürger entscheiden sollen. Die Problematik, die sich widerspiegelt, ist, dass wir kaum Möglichkeiten haben Parkplätze abzuschaffen. Laut Herrn Timm kommen z.B. 2/3 der Kunden/innen nicht aus Ahrensburg. Das heißt unser Parkplatzabbau ist wirklich begrenzt, wenn wir eine lebendige Innenstadt erhalten wollen. Wenn wir die Parkplätze für die Kunden/innen nicht freihalten, dann nutzen diese vermehrt online Einkaufsmöglichkeiten – erst recht jetzt im Hinblick auf Corona. Hier sieht Stadtverordneter D. Levenhagen eine große Gefahr für die Innenstadt, welcher man mit Vorsicht begegnen muss. Er wendet sich an die Firma Nessler und erklärt, dass selbst wenn das Bürgerbegehren mit „nein“ ausgeht heißt das noch lange nicht das wir Parkplätze abbauen. Man wird auch in Zukunft genügend Parkplätze erhalten damit die Innenstadt lebendig bleibt.

Stadtverordnete Schmick von der WAB-Fraktion möchte klarstellen, was die Parkhäuser sind. Und zwar hat das Parkhaus am Woldenhorn ausgezeichnet im EG und im 1 Stock 252 Stellplätze und auf dem Dachgeschoss nochmal 318 und 319. Sie selbst habe mal nachgezählt und es waren auf jeder Etage ca. 12 – sehr enge - freie Stellplätze. Ein Großteil war reserviert mit Nummernschildern. Das Parkhaus Alte Meierei habe sie nicht besucht, man erkennt bereits äußerlich, dass es nicht so voll ist in den beiden oberen Etagen. Sie persönlich findet dies Parkhaus nicht gut. Alle Parkhäuser kosten jetzt pro Stunde schon 2€ und mehr. Für 80€ kann man einen Parkplatz fest mieten. Stadtverordnete Schmick würde sich sehr freuen, wenn die Große Straße und der Dreizack autofrei wären, aber diese Autos müssen schließlich auch irgendwo hin und wir haben in der Innenstadt einfach keine weiteren Parkmöglichkeiten. Politik und Verwaltung sollten sich darauf einigen und „einen großen Schlag“ machen – dann bräuchte man keine kleinen Tiefgaragen für den Rathausanbau, keine kleine Tiefgarage für die Volkshochschule und dergleichen, der Rathausplatz könnte frei gemacht werden für andere Sachen und alle Autos hätten darin Platz – sogar ausreichend damit die Geschäftsleute noch Stellplätze mieten könnten von der Stadtverwaltung. Diese Lösung würde sie bevorzugen für Ahrensburg und das Thema Parkraum wäre für die nächsten 50 Jahre erledigt.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion erklärt, dass es bei der Schließung des Rondeels um das Thema „Wo wollen wir den Verkehr durchgeleitet haben?“ ging, aber jetzt geht es um „wollen wir die Kunden/innen überhaupt noch in Ahrensburg haben?“. Es handelt sich um zwei völlig verschiedene Sachverhalte. Die Stadtverordneten müssen bitte aufpassen was sie als die Wahrheit definieren oder auch nicht. Wir haben hier die gesamten Geschäftsinhaber, die Wochenmarktbesucher und mindestens 3500 Bürger/innen die hinter dem Projekt stehen und dieses Bürgerbegehren

unterstützen. Sein Appell an alle, es gilt jetzt ein bisschen zurück zu schalten und beim Bürgerbegehren der Demokratie seinen Lauf zu lassen und zu hoffen, dass am Ende dabei für Ahrensburg ein gutes Ergebnis herauskommt.

Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen und stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Die Standpunkte und Begründungen zum Bürgerbegehren „Lebendige Innenstadt“ werden gemäß **Anlage** beschlossen.
2. Die schriftliche Unterrichtung der Bürger*innen erfolgt im Rahmen der örtlichen Bekanntmachung gemäß § 87 GKWG in Verbindung mit § 15 der Hauptsatzung. Darüber hinaus erfolgt eine Bekanntmachung nicht nur im Stormarner Tageblatt/Markt, sondern auch im Hamburger Abendblatt/Teil Stormarn.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

12. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten

Frau Makdissi möchte in Ergänzung zu ihrem Gleichstellungsbericht ein paar einzelne Schlaglichter hervorheben. Begonnen damit, dass sie selbst jetzt 5 Jahre im Amt der Ahrensburger Gleichstellungsbeauftragten ist und damit, dass die Gleichstellung in Ahrensburg bereits 30-jähriges Jubiläum feiert.

Sie hat es nicht bereut sich auf das Abenteuer Gleichstellung eingelassen zu haben und das liegt insbesondere auch daran, dass Ahrensburg politisch und gesellschaftlich der Gleichstellung sehr wohlwollend gegenübersteht – besonders im Bereich der Kitas / Kinderbetreuung. Dies ist immer ein Schlüssel dafür, dass Eltern berufstätig sein können – dies ist ein gemeinsamer Erfolg von Haupt- und Ehrenamt.

1992 wurde die Gemeindeordnung geändert und hat eingeführt, dass die Stelle einer Gleichstellungsbeauftragten notwendig wurde. 1994 wurden mit dem Gleichstellungsgesetz entsprechende Grundlagen geschaffen. Die Idee war, eine Stelle zu schaffen, die den staatlichen Auftrag umsetzt und die Dienststellen bei der tatsächlichen Durchführung der Gleichstellung von Frau und Mann – besonders im öffentlichen Dienst -unterstützt. Eigentlich hatte der Gesetzgeber hier die Frauenförderung im Blick zu einer Zeit in der es wenig gesetzliche Regelungen hierzu gab (keine Elternzeit, kein Elterngeld, keine

Teilzeittätigkeiten) – zumindest nicht so wie wir es heutzutage haben. Frauen sollten trotz Kinderzeit die Möglichkeit haben beruflich voranzukommen und der öffentliche Dienst sollte dabei eine Vorreiterrolle einnehmen. Die Kommunalpolitik hat diesen Auftrag durch die Hauptsatzung noch erweitert mit einem thematisch sehr weit gefassten Bereich und kann damit auch in die Stadt hineinwirken und nicht nur innerhalb der Dienststelle. Spannend wäre zu sehen, wie viele Kommunen freiwillig eine Gleichstellungsstelle vorhalten würden, wenn sie es nicht müssten. Und noch spannender ist die Frage, was tun wir, wenn die Stadt Ahrensburg Gleichstellung zu 100% umgesetzt hat? Sie muss sich gewissermaßen selbst überflüssig machen.

In diesem Zusammenhang geht Frau Makdissi darauf ein, dass der Koalitionsvertrag, der in der letzten Woche geschlossen wurde, ein bisschen die Richtung aufzeigt wo Gleichstellung hingehen könnte mit den Auswirkungen auf die Kommune. Das Sozialministerium (Fokus Diversität) und das Gleichstellungsministerium (Fokus Frauenpolitik) werden fusionieren und das Gleichstellungsgesetz soll novelliert werden.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi bedankt sich bei Frau Makdissi für ihre gute Arbeit und besonders für ihre Definition des Begriffes Gleichstellung.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU- Fraktion spricht Frau Makdissi großes Lob aus für ihre exzellente Arbeit und geht darauf ein, dass es leider schwierig ist Frauen in die Kommunalpolitik einzubringen. Dies ist grundsätzlich gewollt, aber es melden sich einfach zu wenige Frauen für die Politik. Mit der Thematik eines Gesundheitsmanagers kann sich die CDU-Fraktion durchaus anfreunden. Dieser solle dann bitte zunächst feststellen, warum wir überhaupt so einen hohen Krankheitsstand haben um dann mit den Mitarbeitern entsprechend ins Gespräch gehen zu können.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP- Fraktion dankt Frau Makdissi für ihre geleistete Arbeit und den regen Austausch. Die Ausübung dieser Stelle, so wie Frau Makdissi sie ausführt, befürwortet die FDP- Fraktion sehr. Speziell das sie Gleichstellung nicht als reines Frauenthema sieht, sondern beispielsweise auch Familie und Beruf oder Männergesundheit relevante Themen sind. Das macht deutlich, dass Frau Makdissi einen modernen Ansatz der Gleichstellungspolitik gewählt hat.

Stadtverordnete Frau von Stockum von der SPD-Fraktion wendet sich mit einem „Danke“ an Frau Makdissi und sagt, dass wenn Frau Makdissi noch weitere 20 Jahre im Amt bleibt, dann werden das 20 wundervolle Jahre der Gleichstellung.

Stadtverordnete N. Levenhagen von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat anhand des Berichtes das Gefühl, dass Frau Makdissi in ihrer Arbeit aufgeht und ist glücklich nicht nur eine Gleichstellungsbeauftragte zu haben, sondern Frau Makdissi hierfür gefunden zu haben. Das, was Frau Makdissi verkörpert ist für diese Stelle ideal. Sie freut sich, dass Frau Makdissi das Thema Gesundheitsmanagement mit aufgenommen hat. Stadtverordnete N. Levenhagen verspricht, dass Workshops nur der erste Step waren und, dass das Thema Gesundheitsmanagement unter Einbeziehung von Frau Makdissi

nochmal im Hauptausschuss thematisiert werden soll.

2022/063

13. Bildung des Gemeindewahlausschusses für die Kommunalwahl 2023

Stellv. Bürgervorsteher Marzi erläutert die Vorlage. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Mitglieder des Gemeindewahlausschusses werden - wie in der **Anlage** dargestellt - gewählt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2022/060

14. Kofinanzierungserklärung AktivRegion Alsterland, Förderperiode 2023 - 2027/2029

Stellv. Bürgervorsteher Marzi erläutert die Vorlage. Stadtverordneter Stern von der CDU-Fraktion erklärt, dass er einen Sachvortrag für nicht notwendig hält. Es ergeben sich keine Wortbeiträge.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

Die Erklärung über die Kofinanzierung für das Regionalmanagement der AktivRegion Alsterland wird für die Förderperiode 2023 - 2027/2029 wie dargestellt beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

15. **Gemeinschaftsschule Am Heimgarten/Eric-Kandel-Gymnasium im Schulzentrum Am Heimgarten**
- **Errichtung eines Neubaus ab 2025 auf der Fläche des jetzigen Sportplatzes (Variante 5)**
 - **Festlegung des Raumprogramms**
 - **Aufstellung einer Entwurfsplanung**
 - **Genehmigung einer überplanmäßigen Auszahlung gem. § 82 GO**

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hält einen Sachvortrag und führt aus, dass das Schulzentrum Am Heimgarten bereits seit Jahren Thema ist. Es geht darum, dass die Schule aus allen Nähten platzt und dies liegt zum einen daran, dass hier zwei Schulen untergebracht sind und zusätzlich beim Gymnasium von G8 auf G9 umgestellt wird.

Die seinerzeit gewonnenen Räume durch G8 wurden belegt durch die Erhöhung von Schülerzahlen. Aktuell hat man gar keinen Platz für G9.

Bei der Gemeinschaftsschule Am Heimgarten konnten die gesetzlichen und pädagogischen Voraussetzungen noch nie eingehalten werden, sodass die Schule ihre Arbeit noch nie in der richtigen Raumgröße und Schüleranzahl machen konnte. Es handelt sich um eine Gemeinschaftsschule, das heißt die Kurse müssen diversifiziert werden nach verschiedenen Niveaus und gleichzeitig ist die Schule auch ein DAZ-Zentrum (Deutsch als Zweitsprache). Das alleine zeigt schon, warum der Raumbedarf ein sehr hoher ist.

Das allein ist nicht das Problem, denn das Bestandsgebäude ist 50 Jahre alt und in einer Zeit entstanden, in der Asbest noch ein guter Baustoff war. Es gab zwischenzeitlich in den 90er Jahren eine Asbestsanierung und in 2008 wurden die Toiletten saniert und dabei ist herausgekommen, dass Asbestrückstände gefunden wurden und auch Legionellen wurden gefunden, weil Wasserleitungen teilweise in toten Enden enden. Zudem wäre das Gebäude nach heutigen Brandschutzvorschriften gar nicht mehr benutzungsfähig. Beim Thema Digitalisierung merkt man ebenfalls, dass alle Leitungen 50 Jahre alt sind und die Wege lang sind. Man müsste die Schule also großflächig sanieren und zur Lösungsfindung hat die Verwaltung hier 5 Varianten erarbeitet.

Im BKSA hat man sich darauf verständigt, dass die beste Variante die Variante 5 ist. Diese hat zum Inhalt einen Neubau auf dem Gelände zu errichten. Der genaue Standpunkt muss noch diskutiert werden. Nach Fertigstellung soll das alte Gebäude abgerissen werden. Dies sei die beste Variante, weil es der Weg ist, der den Baulärm am ehesten vermeidet. Rechnerisch ist es auch die kostengünstigste Variante die zudem am schnellsten umgesetzt werden kann. Das Projekt kostet ca. 80.000.000 €.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion fasst grob zusammen,

dass die Schule neugebaut werden muss und der Schulbetrieb während dessen laufen muss. Zwei große, wachsende Schulen müssen den Lehrbetrieb über Jahre aufrechterhalten während der laufenden Baumaßnahmen – Das ist die Herausforderung vor der wir stehen. Das ist eine Kernaufgabe unserer kommunalen Zuständigkeit - Bildung sicherstellen – und damit sind nicht die Lehrer oder das pädagogische Programm, sondern das Gebäude gemeint. Es gibt kaum eine Priorität, die man höher ansetzen kann, als die Bildung der Kinder in unserer Stadt. Auch wenn es sehr viel Geld ist und die 80.000.000 € dem Haushalt wehtun, sollte hier heute ein einstimmiges Signal gesetzt werden.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion stimmt seinen Vorrednern zu. Im Grundsatz stimmt die FDP der Vorlage zu und spricht sich ebenfalls für die Variante 5 aus. Dies ist die beste Möglichkeit für Lehrer und Schüler dieses Bauvorhaben am besten durchzuziehen, denn es bedeutet die geringsten Kosten und die geringste Bauzeit und damit verbunden auch die beste Planungssicherheit. Im BKSA wurde die Frage diskutiert, ob das neue Gebäude zwangsläufig auf den Sportplatz gesetzt werden muss. Dieser Sportplatz stünde dann bis zu 7 Jahre nicht zur Verfügung. Gleichzeitig geht aus dem Sportentwicklungsplan hervor, dass wir dringend Sportflächen in jeglicher Art brauchen. Die Verwaltung sagte im BKSA zu, diesen Vorschlag einzubeziehen.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion stellt einen Änderungsantrag zur Vorlage der wie folgt lautet:

Beschlussvorschlag:

- A) Am Schulzentrum Am Heimgarten wird ein Neubau auf der jetzigen Fläche des Sportplatzes **oder einer anderen geeigneten Fläche auf dem Gelände** errichtet (Variante 5/ Skizze siehe Anlage 1). Nach Erstellung des Neubaus wird das Bestandsgebäude (bis auf den Sporthallenbrich) abgerissen und es werden **eventuell** neue Sportaußenanlagen errichtet.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion hält ebenfalls die Variante 5 am sinnvollsten unter finanziellen und pädagogischen Gesichtspunkten. Er empfindet den AN/028/2022 als vernünftige Ergänzung. Trotzdem muss man sich jetzt Gedanken um die Finanzierung machen. Unterm Strich war Ahrensburg immer eine relativ solide Gemeinde, die zuverlässig Gewinne gemacht hat und gute Kassenflüsse verzeichnet. Dieses Geld wurde investiert in Bildung und Kitas und Kredittilgungen. Das war eine gute Strategie. Dies ist ein Appell an Verwaltung und Selbstverwaltung jetzt auf den Haushalt zu gucken und die Planungszeit zu nutzen um zu gucken, wie wir es schaffen können unseren Haushalt insgesamt viel profitabler zu machen. Das ist jetzt eine Pflichtaufgabe, wenn wir ein derart großes Projekt durchsetzen wollen. Wir brauchen jetzt eine realistische Investitionsplanung, damit wir einen möglichst großen Teil der Kosten aus Eigenmitteln finanzieren können. Beispiele hierfür können sein, ein strukturierter Prozess zur Investitionsplanung, bei den laufenden Aufwendungen sparen - auch beim Personal, sparen bei den freiwilligen Leistungen und eine Erhöhung der

Gewerbesteuer.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU- Fraktion führt aus, dass der Neubau wichtig ist für die Schulleistung, schließlich erwarten wir auch von den Kindern Leistung zu bringen und dafür müssen wir die Voraussetzungen schaffen. Der Sportplatz kann nicht für bis zu 7 Jahre geschlossen werden. Er stellt einen Änderungsantrag, welcher wie folgt lautet:

Beschlussvorschlag:

- A) Am Schulzentrum Am Heimgarten wird ein Neubau **erstellt. Es wird eine Lenkungsgruppe eingerichtet, bestehend aus Schule, Verwaltung und Politik, die einzelne Varianten prüft und danach einen Vorschlag zur Umsetzung an die Verwaltung und Politik empfiehlt.**

Stadtverordneter Stern von der CDU-Fraktion stellt einen Änderungsantrag zum Punkt D.

Der Änderungsantrag zum Beschlussvorschlag wird dem Protokoll als **Anlage** beigelegt. Siehe AN/028/2022

Stadtverordneter Schubbert-von Hobe von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen erklärt, dass er den Änderungsantrag der CDU nicht teilt, weil wir heute hier sind um von fünf vorgeschlagenen Varianten auf eine zu reduzieren. Die Änderungsanträge der FDP und den AN/028/2022 hält er für sinnvoll.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion empfindet den Änderungsantrag der CDU-Fraktion für überflüssig. Der Änderungsantrag der FDP und der AN/028/2022 ergeben eine gute Kombination.

Bürgermeister Boege spricht die Bitte aus, den Änderungsantrag der CDU zurück zu ziehen und die Kombination aus dem AN/028/2022 und dem Änderungsantrag der FDP zu beschließen. So kann alles, was in den Ausschüssen diskutiert wurde hier aufgenommen und in der nächsten Phase berücksichtigt werden.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion zieht seinen Änderungsantrag zurück.

Stadtverordneter Egan von der WAB-Fraktion empfiehlt die Vorlage in Kombination mit dem AN/028/2022 zu beschließen.

Stadtverordneter Randschau von SPD-Fraktion führt aus, dass über den genauen Standort in Variante 5 ohnehin erst im weiteren Planungsprozess beraten wird. Heute wird nur beschlossen in welcher Art und Weise gebaut werden soll, aber nicht der konkrete Standort auf dem Gelände.

Herr Kania erklärt, dass der Architekt in Phase 2 drei verschiedene Entwürfe vorlegt. Standort und Varianten des Neubaus werden noch diskutiert.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliert den Änderungsantrag der FDP-Fraktion über den anschließend abgestimmt wird.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Stellv. Bürgersvorsteher Marzi verliert den AN/028/2022 über den anschließend abgestimmt wird:

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliert den geänderten Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

- A) Am Schulzentrum Am Heimgarten wird ein Neubau auf der jetzigen Fläche des Sportplatzes oder einer anderen geeigneten Fläche auf dem Gelände errichtet (Variante 5/Skizze siehe **Anlage 1**). Nach Erstellung des Neubaus wird das Bestandsgebäude (bis auf den Sporthallenbereich) abgerissen und es werden eventuell neue Sportaußenanlagen errichtet.
- B) Für den Neubau wird das anliegende Raumprogramm (**Anlage 2**) beschlossen.
Die Gemeinschaftsschule Am Heimgarten sowie das Eric-Kandel-Gymnasium werden jeweils auf eine 4-Zügigkeit ausgerichtet (siehe SEP für die Jahre 2019 - 2023, Vorlagen-Nr. 2019/170). Im Rahmen der 8-Zügigkeit in der Sekundarstufe I können beide Schulen flexibel Eingangsklassen bilden. Die Fachunterrichtsräume werden wie bisher bedarfsgerecht durch beide Schulen genutzt. Ebenfalls nutzen die Schulen einen gemeinsamen Verwaltungsbereich (mit Pausenhalle und Cafeteria).
- C) Der Richtwert „pädagogisch wirksame Fläche“ wird für die Gemeinschaftsschule Am Heimgarten auf 167 m² sowie für das Eric-Kandel-Gymnasium auf 151 m² festgelegt.
- D) Die Umsetzung der Baumaßnahme steht unter dem Vorbehalt der Zustimmung zur Vorentwurfsplanung (LPH 2). Die Prüfaufträge aus den Ausschüssen (z.B. der Erhalt des 700er-Traktes und die Standortklärung des Neubaus) werden in der LPH2 abgearbeitet. Zudem wird eine Lenkungsgruppe Schulzentrum eingesetzt.
Für Planungskosten werden 1.250.000 Euro überplanmäßig gemäß §82 GO bereitgestellt. Deckungsvorschlag: Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer PSK 61100.4013000 in gleicher Höhe.

Abstimmungsergebnis

Alle dafür

2022/053

16. **Bebauungsplans Nr. 90 „Reeshoop“, 1. Änderung - für das Gebiet südöstlich der Hermann-Löns-Straße in der Tiefe bis zur Mitte des Grünstreifens und in einer Länge von ca. 250 m für die Hausnummern 17 bis 49 (Flur 10, Flurstücke 73 bis 76, 281 und 284)**
- **Abwägung der Stellungnahmen**
- **Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)**

Stadtverordneter Schrader von der Fraktion Die Linke gibt zu Protokoll, dass er für den TOP 16 befangen ist. Stadtverordneter Schrader verlässt den Sitzungssaal.

Die Stadtverordneten verzichten einvernehmlich auf einen Sachvortrag und stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Die Abstimmung erfolgt mit 34 Stadtverordneten.

Beschlussvorschlag:

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs der 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 90 abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Stadtverordnetenversammlung geprüft:
Die Stellungnahmen werden wie in **Anlage 1** dargestellt abgewogen. Die Verwaltung wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) beschließt die Stadtverordnetenversammlung die 1. Änderung des Bebauungsplans Nr. 90 für den Bereich südöstlich der Hermann-Löns-Straße in der Tiefe bis zur Mitte des Grünstreifens und in einer Länge von ca. 250 m für die Hausnummern 17 bis 49 (Flur 10, Flurstücke 73 bis 76, 281 und 284) bestehend aus der Planzeichnung (Teil A –**Anlage 2**) und dem Text (Teil B – **Anlage 3**) als Satzung.
3. Die Begründung (**Anlage 4**) wird gebilligt.
4. Der Beschluss des B-Planes Nr. 90, 1. Änderung durch die Stadtverordnetenversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt

zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan in das Internet unter der Adresse www.ahrensburg.de eingestellt ist und über den digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich ist.

„Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren folgende Stadtverordnete/Bürgerliche Mitglieder von der Beratung und Abstimmung gemäß Protokollauszug ausgeschlossen: „Erik Schrader“

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Nach Beendigung des TOP 16 wird Stadtverordneter Schrader von der Fraktion Die Linke wieder in den Sitzungssaal gebeten.

2022/054

17. Feststellung des Jahresabschlusses 2021 und Behandlung des Jahresergebnisses der Stadtbetriebe Ahrensburg

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion dankt den Stadtbetrieben für ihre gute Arbeit und das gute Jahresergebnis.

Der Beschlussvorschlag wird verlesen über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Feststellung der Kennzahlen

Der Jahresabschluss zum 31.12.2021 der Stadtbetriebe Ahrensburg wird mit den folgenden Kennzahlen festgestellt:

1.a	Bilanzsumme	54.207.519,56 €
1.b	Summe der Erträge	9.760.349,20 €
1.c	Summe der Aufwendungen	9.568.509,12 €
1.d	Jahresgewinn aus der Gewinn- und Verlustrechnung	191.840,08 €

2. Verwendung des Jahresergebnisses:

Das Jahresergebnis 2021 wird in voller Höhe (191.840,08 €) an den Haushalt der Stadt Ahrensburg abgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

Der stellv. Bürgervorsteher Marzi dankt für das gute Ergebnis und die günstigen Gebühren für Wasser und Abwasser für die Ahrensburger/innen.

2022/052

- 18. Entsendung der städtischen Vertreterinnen und Vertreter**
- Entsendung neuer Mitglieder in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Ahrensburg GmbH
- Abberufung der Mitglieder des Aufsichtsrates der badlantic Betriebsgesellschaft mbH

Bürgermeister Boege berichtet, dass man sich für die Einrichtung eines gemeinsamen Betriebsrates entschlossen hat und möchte anmerken, dass der neue Aufsichtsrat nicht den Anforderungen des § 15 Gleichstellungsgesetzes gerecht wird. Eine paritätische Besetzung ist laut Rückmeldungen der Fraktionen aktuell nicht möglich. In solchen Fällen ist eine paritätische Besetzung keine Pflicht. Die Verwaltung empfiehlt nach der Kommunalwahl 2023 für die Neubesetzung des Aufsichtsrates ein besonderes Augenmerk auf die Parität zu werfen.

Stadtverordneter Bellizzi von der FDP-Fraktion möchte den Hinweis geben, dass sich seine Fraktion verkleinern musste durch die Fusion. Die Abberufung ist negativ formuliert, die FDP-Fraktion konnte nur einen Platz besetzen und musste auf einen zweiten verzichten.

Stadtverordneter M. Stukenberg von der FDP-Fraktion empfindet die Zusammenlegung vom badlantic und den Stadtwerken als richtige Entscheidung die sich am Ende auch auszahlen wird. Das Ziel ist es mehr Effizienz zu beweisen – das gleiche muss der neue Aufsichtsrat nun auch beweisen mit dem Ziel zukünftig weniger Geld aus dem Haushalt an die Stadtwerke überführen zu müssen.

Stadtverordneter M. Stukenberg ist jedoch schockiert von der Formulierung der Abberufung. Er tritt deshalb mit sofortiger Wirkung aus dem Aufsichtsrat zurück und übergibt eine schriftliche Rücktrittserklärung.

Durch die Rücktrittserklärung wird die Beschlussvorlage 2022/052 entsprechend angepasst. Der Punkt 2d muss folgerichtig in 2e umbenannt werden. Zudem wird der zweite Satz ersatzlos gestrichen und lautet dann richtig:

2e) Für die Fraktion „FDP“ wird neu Wolfgang Schäfer in den AR SWA entsandt.

Stellv. Bürgervorsteher Marzi verliest den geänderten Beschlussvorschlag über den anschließend abgestimmt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Der Aufsichtsrat der badlantic Betriebsgesellschaft mbH wird zum 01.07.2022 abberufen.
2. In den erweiterten Aufsichtsrat der Stadtwerke Ahrensburg GmbH (AR SWA) werden zum 01.07.2022 die folgenden Aufsichtsratsmitglieder entsandt:
 - 2a) Für die Fraktion „CDU“ werden neben den bestehenden AR-Mitgliedern Detlef Levenhagen und Kirstin Schilling zusätzlich Anna-Margarete Hengstler (BM) und Michaela Knaack (BM) in den AR SWA entsandt.
 - 2b) Für die Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ wird neben den bestehenden AR-Mitgliedern Horst Marzi und Cordelia Koenig zusätzlich Christian Schubbert-von Hobe in den AR SWA entsandt.
 - 2c) Für die Fraktion „SPD“ werden neben dem bestehenden AR-Mitglied Bela Randschau zusätzlich Jürgen Eckert und Stephan Lamprecht in den AR SWA entsandt.
 - 2d) Für die Fraktion „WAB“ wird neu Peter Egan in den AR SWA entsandt. Das bisherige AR-Mitglied Brigitte Krogmann (BM) wird abberufen.
 - 2e) Für die Fraktion „FDP“ wird neu Wolfgang Schäfer in den AR SWA entsandt.
 - 2f) Für die Fraktion „DIE LINKE“ bleibt Karin Schader (BM) unverändert AR-Mitglied.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

AF/2022/005

19. Anfrage AF/2022/005 zur Vorlage 2021/138/01 für HA betreffend Beteiligungsmanagement (Ziffer 1-5)

---nicht behandelt---

Die Stadtverordneten haben im Rahmen des TOP 4 „Festsetzung der Tagesordnung“ einstimmig beschlossen, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht behandelt werden soll und lediglich als **Anlage** zum Protokoll

genommen wird.

Horst Marzi
Vorsitzender

Peggy Ehrig
Protokollführerin